

Vermögensverwaltende Personengesellschaften

Haase / Dorn

5., vollständig überarbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78719-5
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Haase/Dorn
Vermögensverwaltende Personengesellschaften


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vermögensverwaltende Personengesellschaften

Zivilrecht – Steuerrecht National – International

Herausgegeben von

Prof. Dr. Florian Haase, M. I. Tax

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht
Hamburg

Dr. Katrin Dorn

Steuerberaterin
Hamburg

Bearbeitet von

Lars Behrendt

Steuerberater
Hamburg

Dr. Katrin Dorn

Steuerberaterin
Hamburg

Prof. Dr. Florian Haase, M. I. Tax

Rechtsanwalt
Fachanwalt für Steuerrecht
Hamburg

Prof. Matthias Hofacker, M. I. Tax

Dipl. Finanzwirt
Rechtsanwalt, Steuerberater
Bremen

Birgit Jürgensmann

Rechtsanwältin, Steuerberaterin
Fachanwältin für Steuerrecht
Düsseldorf

Tom Kemcke

Rechtsanwalt, Steuerberater
Hamburg

Thomas Schäffer, Dipl. Finanzwirt

Rechtsanwalt, Steuerberater
Hamburg

Dr. Lea Maria Siering

Rechtsanwältin
Hamburg

Martin Weiß

Rechtsanwalt, Steuerberater
Nürnberg

Dr. Martin Weiss

Steuerberater, FB für Int. Steuerrecht
München

5., vollständig überarbeitete Auflage 2022





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78719 5

© 2022 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Fotosatz Buck

Zweirkirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



CO₂
neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Die sog. vermögensverwaltende Personengesellschaft erfreut sich in praxi nach wie vor größter Beliebtheit, sei es als Holdingstruktur in Familiengesellschaften, als Instrument der Nachfolgeplanung oder als Investitionsvehikel im Bereich der privaten Vermögensverwaltung.

Seit der 4. Auflage war allerdings auch der Gesetzgeber nicht untätig. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) wird die größte Reform des Rechts der Gesellschaft bürgerlichen Rechts seit Bestehen des BGB angestoßen – ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht sind umstritten, jedenfalls dogmatisch schwierig. Letzteres gilt auch für das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG), das mit dem sog. Optionsmodell für Personengesellschaften erstmals ein echtes Wahlrecht vorsieht, in Teilbereichen des Steuerrechts „wie eine Körperschaft“ behandelt zu werden.

Beiden Entwicklungen trägt die Neuauflage Rechnung. Lea Siering verantwortet sei jeher das zivilrechtliche Kapitel, und Katrin Dorn und Martin Weiss haben dem Optionsmodell ein eigenes Kapitel gewidmet. Erstmals hinzugekommen ist zudem ein Kapitel über die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Grunderwerbsteuerrecht, das Martin Weiß übernommen hat. Allen Mitwirkenden sei wie immer von Herzen gedankt.

Herausgeber und Autoren danken dem Verlag C.H.Beck abermals für die vortreffliche Betreuung, die notwendige Geduld und das reibungslose Projektmanagement. Das Werk ist auf dem Rechtsstand vom April 2022.

Hamburg, im Frühjahr 2022

*Florian Haase
Katrin Dorn*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Die Idee zu diesem Werk entstand als Resultat eines erstaunlichen Befundes nach mehrjähriger Berufspraxis und ausführlicher Auswertung der einschlägigen Literatur: Während zur Besteuerung von nationalen und internationalen Personengesellschaften diverse Lehr- und Handbücher am Markt erhältlich sind und sich selbst ganze Festschriften, andere Buchbeiträge und Aufsätze mit diesem Thema befassen, fallen die Zeilen zur steuerlichen Behandlung von vermögensverwaltenden Personengesellschaften sehr dünn aus oder sind erst gar nicht vorhanden.

Dies erstaunt umso mehr, als schon die Besteuerung von Personengesellschaften im nationalen Recht bekanntlich zu den schwierigsten Gebieten des Steuerrechts überhaupt rechnet – man denke beispielsweise an das Steuerbilanzrecht von Mitunternehmenschaften. Bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften und insbesondere „Mischformen“ wie Zebragesellschaften potenzieren sich die Probleme schnell, ohne dass eine theoretisch und praktisch fundierte Wegweisung am Markt erhältlich wäre.

Diese Lücke wird durch das vorliegende Buch geschlossen. Es behandelt in mehreren Kapiteln sämtliche ertrag-, umsatz-, erbschaft- und schenkungs-, umwandlungs- und außensteuerlichen Facetten nationaler und internationaler vermögensverwaltender Personengesellschaften und hat eine stark praktische Ausrichtung. Hierzu ist zu konstatieren, dass zu weiten Bereichen der Besteuerung jener Personengesellschaften kaum Rechtsprechung und auch nur wenig Verwaltungsanweisungen und Schrifttum vorhanden sind. Dem will das Buch besondere Rechnung tragen und die sich stellenden Probleme einer in der Praxis handhabbaren Lösung zuführen.

Wir danken den Mitarbeitern des Verlags C.H. Beck, allen voran Herrn Dr. Adrian Hans und Team, für die schnelle und reibungslose Betreuung des Buchprojekts.

Das Buch ist auf dem Rechtsstand vom Februar 2013.

Hamburg, im März 2013

*Florian Haase
Katrin Dorn*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Erster Teil. Einleitung (<i>Haase</i>)	1
Zweiter Teil. Zivilrechtliche Grundlagen der vermögensverwaltenden Personengesellschaft (<i>Siering</i>)	7
Dritter Teil. Nationales Steuerrecht	51
Kapitel 1. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Ertragsteuerrecht (<i>Kemcke/Schäffer</i>)	54
Kapitel 2. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Umwandlungssteuerrecht (<i>Behrendt</i>)	141
Kapitel 3. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Umsatzsteuerrecht (<i>Jürgensmann</i>)	178
Kapitel 4. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht (<i>Dorn</i>)	209
Kapitel 5. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Rahmen der Option zur Körperschaftsteuer nach § 1a KStG (<i>Dorn/Weiss</i>) ..	280
Kapitel 6. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Grunderwerbsteuerrecht (<i>Weiß</i>)	311
Vierter Teil. Internationales Steuerrecht	359
Kapitel 1. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Außensteuerrecht (<i>Hofacker</i>)	360
Kapitel 2. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im DBA-Recht (<i>Haase</i>)	390
Stichwortverzeichnis	457



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX

Erster Teil. Einleitung	1
--------------------------------	---

Zweiter Teil. Zivilrechtliche Grundlagen der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	7
A. Einleitung	8
B. Die Personengesellschaft	12
I. Gesellschaftsrecht	12
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	12
a) Allgemeines	12
b) Rechtsfähigkeit	13
c) Gesellschafterrechte	16
d) Organe und Vertretung	16
e) Haftung gegenüber Dritten	17
2. Die Offene Handelsgesellschaft	18
a) Allgemeines	18
b) Gesellschafterrechte	21
c) Organe und Vertretung	21
d) Haftung gegenüber Dritten	22
3. Die Kommanditgesellschaft	22
a) Allgemeines	22
b) Gesellschafterrechte	23
c) Organe und Vertretung	23
d) Haftung gegenüber Dritten	25
4. Die (atypisch) stille Gesellschaft	25
a) Allgemeines	25
b) Gesellschafterrechte	27
c) Haftung gegenüber Dritten	28
5. Die Partnerschaftsgesellschaft	28
6. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	30
a) Allgemeines	30
b) Gesellschafterrechte	31
c) Organe und Vertretung	31
d) Haftung gegenüber Dritten	32
e) Sonstiges	32
II. Erb- und Schenkungsrecht	32
1. Poolverträge	32
2. Voraussetzungen für die steuerliche Begünstigung bei Poolverträgen von vermögensverwaltenden Personengesellschaften	34
a) Kreis der Gesellschafter	34
b) Mindestbeteiligung	34
c) Einheitliche Verfügung	36
d) Zeitpunkt der Poolregelung	37
e) Form einer Poolregelung	37

Inhaltsverzeichnis

III. Familienrecht	38
1. Familiengesellschaft	38
a) Allgemeines	38
b) Gründe für Familiengesellschaften	38
c) Ausgestaltungsform als Personengesellschaft	41
aa) Rechtsform der Familiengesellschaft	41
bb) Gesellschaftsvertragliche Möglichkeiten	41
2. Probleme bei der Konzeption von Familiengesellschaften	42
a) Schriftformerfordernis des Gesellschaftsvertrags	42
b) Beteiligungen von Minderjährigen	43
aa) Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	43
bb) Außerordentliches Kündigungsrecht	46
IV. Arbeitsrecht	47
1. Allgemeines	47
2. Aufsichtsrat	47
Dritter Teil. Nationales Steuerrecht	51
Kapitel 1. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Ertragsteuerrecht	54
A. Einleitung	56
I. Vermögensverwaltende Personengesellschaften im Steuerrecht	56
II. Systematisierung der Besteuerung vermögensverwaltender Personengesellschaften	57
B. Grundsätze der Ertragsbesteuerung einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft	58
I. Qualifikation und Abgrenzung	58
1. Grundsystem Dualismus der Einkunftsarten	58
2. Verwirklichung des Einkünftebestandes/Liebhaberei	60
3. Begriffsbestimmung und Abgrenzung zur Gewerblichkeit	62
a) Abgrenzung aufgrund der Tätigkeit der Gesellschaft	63
aa) Gewerblicher Wertpapierhandel	63
bb) Gewerbliche Vermietung	64
cc) Gewerblicher Grundstückshandel	65
dd) Betriebsaufspaltung	66
b) Gewerbliche Prägung; § 15 Abs. 3 Nr. 2 EStG	67
c) Infektion/Abfärbung; § 15 Abs. 3 Nr. 1 EStG	68
d) Option zur Körperschaftsteuer nach § 1a KStG für Personengesellschaften	72
II. Ermittlung und Verteilung der Überschüsse der Einnahmen über die Werbungskosten (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG) bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	72
1. Grundsätze der Überschussermittlung bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	72
a) Allgemein	72
b) Einnahmen	73
c) Werbungskosten	73
d) Sonderwerbungskosten	76
2. Buchführung und Bilanzierung	76
a) Steuerliche Buchführungs- und Bilanzierungspflicht	76
b) Nutzung vorhandener Aufzeichnungen	78

Inhaltsverzeichnis

3. Einkünftezurechnung	78
a) Notwendigkeit der Zurechnung	78
b) Gesetzliche Vorgaben	79
c) (Gesellschafts-)vertragliche Regelungen	80
d) Verfahrensrecht	80
4. § 8c KStG	81
III. Rechtsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter sowie zwischen Gesellschaftern	83
1. Leistungsbeziehungen	83
a) Gesellschafter an Gesellschaft	83
aa) Mögliche Ausgestaltungen der Gegenleistung	83
(1) Schuldrechtliche Ausgestaltung	84
(a) Steuerliche Auswirkungen bei der Gesellschaft	84
(b) Steuerliche Auswirkungen beim Gesellschafter	85
(2) Gesellschaftsrechtliche Ausgestaltung	86
(a) Steuerliche Auswirkungen bei der Gesellschaft	88
(b) Steuerliche Auswirkungen beim Gesellschafter	89
(3) Abgrenzung zwischen Sondervergütungen und einem Ergebnisvorab	89
(4) Empfehlungen für die Gestaltungspraxis	90
bb) Besonderheiten der einzelnen Leistungsarten	90
(1) Geschäftsführungstätigkeit	90
(2) Haftungsübernahme	92
(3) Nutzungsüberlassung	92
(4) Kapitalüberlassung	93
b) Gesellschaft an Gesellschafter	94
aa) Nutzungsüberlassung	94
bb) Kapitalüberlassung	94
2. Veräußerung von Wirtschaftsgütern	95
a) Besteuerung des Vorgangs	95
b) Unübliche Gegenleistung	97
IV. Gründung und Liquidation sowie Gesellschafterwechsel	99
1. Gründung der Gesellschaft / Einlagen	99
2. Anteilsübertragung	101
a) Anteilsveräußerung	101
b) Anteilserwerb/Ergänzungsrechnungen	102
3. Ende der Gesellschaft	104
C. Einzelne Überschusseinkunftsarten und besondere Besteuerungstatbestände ..	105
I. Sonderkonstellation: Zbragesellschaft	107
1. Definition	107
2. Rechtsfolgen	108
a) Grundsatz	108
b) Wirtschaftsgüter als anteiliges Betriebsvermögen	108
c) Keine Anwendbarkeit mitunternehmerspezifischer Regelungen ..	109
d) Gewerbesteuer	110
e) Zinsschranke	112
3. Verfahrensrecht: Rechtsprechung des Großen Senats des BFH vom 11.4.2005	112
4. Ermittlung der Einkünfte	114
II. Einkünfte aus Kapitalvermögen	114
1. Gegenstand der Besteuerung	114

Inhaltsverzeichnis

2. Laufende Einkünfte	115
a) Ebene der Gesellschaft	115
b) Ebene des Gesellschafters	116
c) Verfahrensrechtliche Aspekte	117
3. Veräußerungsgeschäfte	117
a) Verwirklichung des Einkünftetatbestandes	117
aa) Verwirklichung durch die Gesellschaft	117
bb) Verwirklichung durch die Gesellschafter	119
b) Einkünftermittlung	120
c) Verfahrensrechtliche Aspekte	121
aa) Feststellungsverfahren	121
bb) Erklärungspflicht und Rechtsschutz	123
d) Folgen für die Praxis	123
III. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	124
1. Laufende Einkünfte	124
2. Gewerblicher Grundstückshandel	125
a) Drei-Objekt-Grenze	125
b) Gesellschaft als Grundstückshändler	126
c) Gesellschafter als Grundstückshändler	127
aa) Relevante Veräußerungstatbestände	127
bb) Verfahrensrecht	128
cc) Folgen für die Praxis	128
3. Sinngemäße Anwendung des § 15a EStG	129
4. Sinngemäße Anwendung des § 15b EStG	132
IV. Sonstige Einkünfte	132
1. Gegenstand der Besteuerung	132
2. Verwirklichung des Einkünftetatbestandes	132
a) Verwirklichung durch die Gesellschaft	132
b) Verwirklichung durch die Gesellschafter	135
3. Ermittlung der Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften	136
4. Verfahrensrechtliche Aspekte	137
a) Feststellungsverfahren	137
b) Erklärungspflicht und Rechtsschutz	138
5. Folgen für die Praxis	138
V. Sonderfall: Einkünfte aus § 17 EStG	139
1. Gegenstand der Besteuerung	139
2. Verwirklichung des Einkünftetatbestandes	139
3. Ermittlung der Einkünfte	140
4. Verfahrensrechtliche Aspekte	140

Kapitel 2. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Umwandlungssteuerrecht

A. Einleitung	142
B. Zivilrechtliche Grundlagen des UmwG	144
I. Formwechsel	145
II. Verschmelzung	145
III. Spaltung	145
C. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft als übertragender Rechtsträger im Zuge einer Umwandlung	146
I. Formwechsel	146
1. Formwechsel der vermögensverwaltenden Personengesellschaft in eine andere Personengesellschaft	146

Inhaltsverzeichnis

2. Formwechsel der vermögensverwaltenden Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft	152
II. Verschmelzung	154
1. Verschmelzung der vermögensverwaltenden Personengesellschaft auf eine Personengesellschaft	154
2. Verschmelzung der vermögensverwaltenden Personengesellschaft auf eine Kapitalgesellschaft	155
III. Auf- und Abspaltung	156
IV. Ausgliederung	157
D. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft als übernehmender Rechtsträger im Zuge einer Umwandlung	158
1. Formwechsel	158
1. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine vermögensverwaltende Personengesellschaft	158
2. Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine vermögensverwaltende Personengesellschaft	160
II. Verschmelzung	162
III. Auf- und Abspaltung	164
IV. Ausgliederung	167
E. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft als Gesellschafterin eines umgewandelten Rechtsträgers	169
I. Formwechsel	169
II. Verschmelzung	171
III. Auf- und Abspaltung	172
IV. Ausgliederung	172
F. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft als Tochtergesellschaft eines umgewandelten Rechtsträgers	174
I. Formwechsel	174
II. Verschmelzung	176
III. Auf- und Abspaltung	176
IV. Ausgliederung	176
G. Zusammenfassung	177

Kapitel 3. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Umsatzsteuerrecht	178
A. Einführung	179
1. Vorbemerkungen	179
II. Umsatzsteuerliche Rechtsgrundlagen	180
B. Vermögensverwaltung und umsatzsteuerliche Kernfragen	181
C. Umsatzsteuerlicher Leistungsbegriff	182
I. Allgemeine nationale Abgrenzungskriterien	182
II. Leistungsbegriff gem. Art. 9 MwStSystRL und dessen Auslegung durch den EuGH	183
III. Vermögensverwaltende Tätigkeiten: umsatzsteuerbare Leistungen?	184
D. Unternehmereigenschaft vermögensverwaltender Personengesellschaften	185
I. Steuerlicher Begriff der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	185
II. Unternehmerfähigkeit	186
III. Nachhaltige Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten	187
IV. Selbständigkeit	188
V. Einnahmeerzielung	189

Inhaltsverzeichnis

E. Das Unternehmen vermögensverwaltender Personengesellschaften	189
F. Leistungsaustausch mit vermögensverwaltenden Personengesellschaften	191
I. Leistungserbringung gegenüber Dritten	191
II. Leistungen der Gesellschaft an die Gesellschafter	191
III. Leistungen der Gesellschafter an die Gesellschaft	193
G. Umsatzsteuerliche Behandlung der vermögensverwaltenden Tätigkeiten	195
I. Verwaltung von Beteiligungen	195
II. Vermietung und Verpachtung	196
III. Andere Tätigkeiten (Beratung, Kreditvergabe u. a.)	197
H. Vorsteuerabzug	198
I. Allgemeines	198
II. Vorsteuerabzugsbeschränkungen bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften und Gestaltungsmöglichkeiten	199
J. Vermögensverwaltende Personengesellschaft im Konzern	200
I. Rolle einer Holding	200
II. Beteiligung an umsatzsteuerlicher Organschaft	203
K. Sondersachverhalte mit Praxisrelevanz	206
I. Gründung der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	206
II. Beendigung der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	207
III. Umwandlungsvorgänge	207
L. Resümee	208

Kapitel 4. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht	209
A. Problemstellung	210
B. Steuerpflicht	210
I. Typisierung der Vermögensübertragungen	210
II. Steuerliche Würdigung der Vermögensübertragungen	215
1. Überblick	215
2. Vermögensübertragungen zu Lebzeiten des Gesellschafters	217
3. Vermögensübertragungen nach dem Tod des Gesellschafters	225
III. Überblick über die Steuerpflicht der Vermögensübertragungen	228
C. Wertermittlung	228
I. Grundlagen: Der steuerpflichtige Erwerb	228
II. Bewertung	230
1. Grundlagen	230
2. Anteile an Kapitalgesellschaften	231
3. Anteile an Personengesellschaften	235
4. Mittelbare Unternehmensbeteiligungen	236
5. Grundvermögen	237
6. Kapitalforderungen und -schulden	240
7. Weitere Wirtschaftsgüter	242
III. Steuerbefreiungen	243
1. Sachliche Steuerbefreiungen	243
a) Überblick	243
b) Steuerbefreiung des Betriebsvermögens	248
aa) Überblick über die sachliche Steuerbefreiung für Betriebsvermögen	250
bb) Gestaltungsmöglichkeiten als Voraussetzung für die Inanspruchnahme der sachlichen Steuerbefreiung für Betriebsvermögen	255
(1) Gewerbliche Inifizierung	255

Inhaltsverzeichnis

(2) Gewerbliche Prägung	261
(3) Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft	262
(4) Ausübung der Option zur Besteuerung als Körperschaft, § 1a KStG	263
(5) Zuordnung der Beteiligung zum Betriebsvermögen	263
(6) Umqualifizierung der Beteiligung auf Ebene des Bedachten	264
(7) Bewertung der Gestaltungsmöglichkeiten	265
c) Steuerbefreiung der Anteile an Kapitalgesellschaften	265
d) Steuerbefreiung der zu Wohnzwecken vermieteten Grundstücke	268
2. Persönliche Steuerbefreiungen	270
D. Besteuerung	272
I. Besteuerung der Vermögensübertragung	272
1. Berechnung der Steuer	272
2. Steuerfestsetzung und Erhebung	274
II. Besteuerung der Erbengemeinschaft	276

Kapitel 5. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Rahmen der Option zur Körperschaftsteuer nach § 1a KStG	280
A. Problemstellung	281
B. Der Antrag nach § 1a KStG bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften	283
I. Antragstellung nach § 1a Abs. 1 KStG	283
1. Antragsberechtigung der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	283
2. Fiktion eines Formwechsels nach § 1a Abs. 2 KStG	284
3. Keine Möglichkeit zur Antragstellung nach § 20 UmwStG	285
a) Tauglicher Einbringungsgegenstand für § 20 UmwStG fehlt	285
b) Steuerliche Behandlung der Wirtschaftsgüter	285
4. Möglichkeit zur Antragstellung nach § 21 UmwStG	286
a) § 21 UmwStG bleibt anwendbar	286
b) Einbringung von Anteilen an Körperschaften	287
c) Sperrfristverhaftung infolge einer Minderbewertung	289
d) Jährliche Nachweisverpflichtung	289
e) Sperrfristverletzung durch Umwandlung	289
f) Folgen einer Sperrfristverletzung	291
II. Rechtsfolgen des Antrags nach § 1a Abs. 1 KStG für die vermögensverwaltende Personengesellschaft	292
1. Keine Zurechnung von Wirtschaftsgütern zu den Beteiligten nach § 39 Abs. 2 AO	292
2. Fiktion gewerblicher Einkünfte	293
3. Besteuerung mit Körperschaft- und Gewerbesteuer	294
a) Grundsätze	294
b) Ermittlung des körperschaftsteuerlichen zu versteuernden Ein- kommens	295
c) Ermittlung des Gewerbeertrags	296
d) Verluste der optierenden Gesellschaft	296
4. Verfahrensrechtliche Implikationen	297
5. Ebene der Gesellschafter	298
a) Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	298
b) Anschaffungskosten der Beteiligung an der optierenden Gesell- schaft	298
c) Schuldrechtliche Beziehungen zur optierenden Gesellschaft	299

Inhaltsverzeichnis

d) Behandlung von durch das Gesellschaftsverhältnis veranlassten Einnahmen	300
6. Grunderwerbsteuerliche Implikationen	301
a) Grunderwerbsteuerliche Behandlung der optierenden Gesellschaft dem Grunde nach	301
b) Steuervergünstigung nach § 5 Abs. 1, 2 GrEStG	302
c) Sperrfristverletzung nach § 5 Abs. 3 GrEStG	303
d) Steuervergünstigung nach § 6 Abs. 3 GrEStG	303
7. Erbschaft- und schenkungsteuerliche Implikationen der Option nach § 1a KStG	304
III. Rückoption nach § 1a Abs. 4 KStG bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	305
1. Antrag zur Rückoption nach § 1a Abs. 4 KStG	305
2. Behandlung als fiktiver Formwechsel	306
3. Wirkungen der Rückoption	307
4. Mögliche Sperrfristverletzungen	308
5. Vorbereitende Maßnahmen vor der Rückoption	308
6. Zwingende Rückoption	310

Kapitel 6. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Grunderwerbsteuerrecht

A. Einleitung	311
B. Steuerbarkeit	313
I. Grundstücke (§ 2 GrEStG)	313
II. Asset Deals	314
1. § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 GrEStG	314
a) Kaufvertrag, Begründung eines Übereignungsanspruchs (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 GrEStG)	314
b) Auflassung (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 GrEStG)	314
c) Sonstiger Eigentumsübergang (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 GrEStG)	315
d) Zuschlag	315
e) Steuerschuldnerschaft, Bemessungsgrundlage und Anzeigepflicht	315
2. Zwischengeschäfte § 1 Abs. 1 Nr. 5 bis 7 GrEStG	316
a) Unterschiede zwischen den Tatbeständen	316
b) Problem: Drittbenennungsrechte und gruppeninterner Erwerb- tausch	317
c) Steuerschuldnerschaft und Bemessungsgrundlage	318
3. Treuhand, § 1 Abs. 2	318
III. Share Deals	319
1. Überblick über die Tatbestände	320
2. Grundbesitzende Gesellschaft	322
3. „Übergangstatbestände“ § 1 Abs. 2a und 2b GrEStG	322
a) Funktionsweise	323
b) Alt- und Neugesellschafter	325
c) Mittelbare Änderungen, „Ewigkeitsbetrachtung“	326
d) Mittelbare Änderungen und Share-Deal-Reform	328
e) Weiteranwendung der bis 30.6.2021 geltenden Fassung	329
f) Zeitpunkt der Tatbestandsverwirklichung	330
g) Steuerschuldnerschaft, Anzeigepflicht	330
4. „Vereinigungstatbestände“ § 1 Abs. 3 und 3a	331
a) § 1 Abs. 3 Nr. 1 und 2 GrEStG	331
b) § 1 Abs. 3 Nr. 3 und 4 GrEStG	332

Inhaltsverzeichnis

c) § 1 Abs. 3a GrEStG	333
d) Weiteranwendung der bis 30.6.2021 geltenden Fassung	335
e) Organschaftsfälle § 1 Abs. 4	335
C. Befreiungsmöglichkeiten	336
I. §§ 5, 6 GrEStG	337
1. Funktionsweise der §§ 5, 6 GrEStG	337
2. Fristen	340
a) „Klassische“ Vor- und Nachbehaltensfristen	340
b) Teleologische Reduktion bei fehlender Missbrauchsgefahr	341
c) Verletzung der „klassischen“ Behaltensfristen	342
d) Verlängerung der Fristen durch die Share Deal-Reform	343
3. Körperschaftsteuroption nach § 1a KStG	344
II. § 3 GrEStG	344
1. Interpolation mit §§ 5, 6 GrEStG	344
2. Behaltensfristen nach §§ 5, 6 GrEStG	345
3. Befreiung von Share Deals aufgrund der Fiktion	346
4. Befreiung von Anteilsschenkungen	346
5. Wichtigste Tatbestände	346
a) Ehegatten, Kinder	346
b) Schenkung oder Erwerb von Todes wegen	346
c) Nachlassteilung	347
d) Vermögensauseinandersetzung nach Scheidung	347
III. § 6a GrEStG	347
D. Höhe der Grunderwerbsteuer	347
I. Steuersatz	348
II. Vertragsgegenstand	348
1. Nichtsteuerbare Bestandteile	349
2. Einheitliches Vertragswerk	349
III. Gegenleistung	350
1. Gestaltung durch zu niedrigen Kaufpreis	350
2. Zusammenhang mit anderen Geschäften, Boruttau'sche Formel	351
IV. Bewertung nach BewG	351
E. Verfahrensfragen	352
I. Grunderwerbsteueranzeige	352
II. Feststellungs- und Steuerbescheide	354
1. Grundlagenbescheid nach § 17 GrEStG	354
2. Wertfeststellungsbescheid	355
3. Grunderwerbsteuerbescheid als Folgebescheid	355
III. Örtliche Zuständigkeit	355
Vierter Teil. Internationales Steuerrecht	359
Kapitel 1. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im Außensteuerrecht	360
A. Problemstellung	360
I. § 1 AStG im Überblick	361
1. Anwendungsbereich	362
2. Besonderheiten bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	364
II. Die §§ 7 ff. AStG im Überblick	365
1. Einbezug von Personengesellschaften	366
2. Switch over, § 20 Abs. 2 AStG	367

Inhaltsverzeichnis

B. Internationale Verflechtungen – Berichtigung von Einkünften	368
I. Ziel und Anwendungsbereich von § 1 AStG	369
II. Verhältnis des § 1 AStG zur Vermögensverwaltung	372
1. Allgemeiner Tatbestand der Einkünftekorrektur	372
2. Nahestehende Person	376
a) Wesentliche Beteiligung und beherrschender Einfluss	378
b) Einflussnahmemöglichkeit	380
3. Geschäftsbeziehung	381
a) Erfasste Einkunftsarten	381
b) Ausdehnung auf die nahestehende Person	382
c) Besonderheiten bei der vermögensverwaltenden Personengesellschaft	383
C. Die Hinzurechnungsbesteuerung – Die vermögensverwaltende Personengesellschaft in der Systematik der Hinzurechnungsbesteuerung	384
I. Schnittstelle zwischen der vermögensverwaltenden Personengesellschaft und der Hinzurechnungsbesteuerung	384
II. Personengesellschaften	385

Kapitel 2. Die vermögensverwaltende Personengesellschaft im

DBA-Recht	390
A. Problemstellung	391
B. Begründungsansätze	395
I. Nationales Steuerrecht	396
1. Abgabenordnung	396
a) Problemstellung	396
b) Das Verhältnis von § 12 Satz 1 AO und § 12 Satz 2 AO	397
c) Die Bedeutung des Unternehmensbegriffs in § 12 AO	398
d) Zwischenfazit	402
2. Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz	402
a) Einkommensteuergesetz	402
b) Körperschaftsteuergesetz	403
3. Gewerbesteuergesetz	404
4. Umwandlungssteuergesetz	404
5. Umsatzsteuergesetz	405
a) „Gewerbebetrieb“ versus „Unternehmen“	405
aa) Allgemeines	405
bb) Bedeutung der Betriebsstätte	406
b) Unternehmensbegriff	406
aa) Systematische Überlegungen	406
(1) Selbständigkeit	408
(2) Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit	409
(3) Nachhaltigkeit	410
(4) Tätigkeit im Leistungsaustausch	410
bb) Vermögensverwaltung als Unternehmen	410
cc) Bedeutung der Betriebsstätte bei Vermögensverwaltung	412
c) Zwischenfazit	415
II. Internationales Steuerrecht	415
1. Außensteuergesetz (Hinzurechnungsbesteuerung)	415
a) Passive Einkünfte aus Vermögensverwaltung	415
b) Reichweite der Betriebsstättenfiktion	417
aa) Systematische Überlegungen	418
bb) Fallkonstellationen	420
c) Zwischenfazit	423

Inhaltsverzeichnis

2. Außensteuergesetz (§ 1 AStG)	423
III. Fazit und Bewertung	425
C. Folgerungen für die Lösung von DBA-Fällen	430
I. Vermögensverwaltende Personengesellschaften de lege lata	430
1. DBA-Anwendung durch Verwaltung und Rechtsprechung	430
a) Finanzverwaltung	430
aa) Grundfall	430
bb) Gewerblich geprägte Personengesellschaften	431
b) BFH	431
aa) Grundfall	431
bb) Gewerblich geprägte Personengesellschaften	432
2. Relevanz der vorliegenden Untersuchungsergebnisse	433
a) Übertragbarkeit auf das Abkommensrecht	433
b) Konsequenzen	434
II. Fallkonstellationen	435
1. Grundsätze	435
a) Ansässige Person	435
b) Anwenderstaatsorientierte Einkünftezuordnung	436
c) In Betracht kommende Einkunftsartikel	440
2. Zweiseitige Sachverhalte	440
a) Inbound-Fälle	442
b) Outbound-Fälle	444
3. Dreieckssachverhalte	444
a) Deutschland als Ansässigkeitsstaat	444
b) Deutschland als Quellenstaat	446
c) Deutschland als Drittstaat	447
III. Versuch einer Neuorientierung	447
1. Standortbestimmung	447
2. Thesen	447
3. Begründungsansätze	448
a) Wortlaut des OECD-MA („Geschäftstätigkeit“)	448
b) Maßgeblichkeit des Gewerbebetriebs fraglich	449
aa) Schrifttum	449
bb) Rechtsprechung	450
c) Grundannahmen der herrschenden Meinung	451
d) Unternehmen versus Vermögensverwaltung	453
e) Zur Frage der Betriebsstätte	454
4. Fazit	454
Stichwortverzeichnis	457